

**Parl. Staatssekretär Dr. Florian Toncar**

- (A) Zweitens. Wir werden weiterhin regeln, den gesetzlichen Kernauftrag der FIU klarer auf die Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusbekämpfung und den relevanten Vorfällen auszurichten.

Drittens. Wir werden ebenso klar die Unterstützung der Prozesse der FIU, insbesondere der Analysen, regeln durch automatisierte Verfahren zur Datenanalyse, einschließlich des Einsatzes künstlicher Intelligenz. Es wird nicht ohne gehen. Wir brauchen eine sehr gute IT. Wir brauchen entsprechende IT-Verfahren, um eine möglichst gute Vorselektion der eingehenden Meldungen auf mögliche Treffer zu erreichen. Das steht gar nicht in einem Gegensatz zu einer risikobasierten Arbeitsweise, sondern das gehört untrennbar dazu. Und man kann – jedenfalls sagen einem das die Praktiker – auch durch eine noch so gute IT am Ende nicht so gut selektieren, dass man nicht mehr risikobasiert weiterarbeiten muss. Also: Das gehört zusammen und steht nicht in einem Gegensatz zueinander.

Viertens. Die Kooperation der FIU mit ihren Zusammenarbeitsbehörden, insbesondere mit den Strafverfolgungsbehörden, wird vereinfacht und verbessert, insbesondere durch eine Beteiligung der Zusammenarbeitsbehörden an der Erarbeitung der Risikofelder der FIU.

- (B) Fünftens. Die Unterstützung der Verpflichteten, also der Meldenden – in der Regel Banken oder andere Unternehmen, die verpflichtet sind, zu melden –, bei der Erkennung meldepflichtiger Sachverhalte wird ebenfalls angegangen. Beispielsweise kann man klar regeln, welche Sachverhalte nicht gemeldet werden müssen, die sogenannten Negativtypologien. Es geht bei den Meldungen nicht um Masse als Selbstzweck, sondern vor allem um Qualität. Diese Qualität können wir noch stärker fördern, indem wir entsprechende Negativtypologien bilden und auch an die Verpflichteten kommunizieren.

Alles in allem: ein überzeugendes Konzept, um die Geldwäschebekämpfung noch zielgerichteter auszugestalten. Ich bitte um Unterstützung dieses Vorschlags der Bundesregierung.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Staatssekretär. – Das Wort hat nunmehr der Kollege Matthias Hauer, CDU/CSU-Fraktion

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Matthias Hauer (CDU/CSU):**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland ist ein Geldwäsche-paradies; da sind sich alle in der Fachwelt einig. Die Ampel legt nun einen Gesetzentwurf zur Anti-Geldwäsche-Einheit FIU vor, der drei Punkte enthält.

Fangen wir mal beim Positiven an: Es ist gut, dass der Gesetzentwurf eine rechtliche Grundlage dafür schafft, dass bei der Geldwäschebekämpfung endlich künstliche Intelligenz eingesetzt werden kann; leider sehr spät. Seit Jahren weiß jeder, der mit Fachleuten spricht: Die FIU

setzt bislang keine künstliche Intelligenz ein, obwohl die Ampel das steif und fest behauptet. Zum Beispiel sagte Olaf Scholz wenige Tage vor der Bundestagswahl 2021 – Zitat –: „Künstliche Intelligenz kommt zum Einsatz“. Die Ampel macht sich also heute ehrlich, und der Kanzler müsste eigentlich einräumen, dass er 2021 falsch lag.

(Sebastian Brehm [CDU/CSU]: Er hat es vergessen! – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Er kann sich nicht erinnern!)

Es wäre wünschenswert, wenn sich der Kanzler auch bei anderen Themen endlich ehrlich machen würde.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Kommen wir nun zu den negativen Aspekten des Gesetzentwurfs. Die FIU soll nach dem Willen der Ampel zukünftig die Augen verschließen müssen, wenn sie Hinweise auf sonstige Straftaten bekommt, sei es auf Betrug, auf schwere Delikte, auf Steuerstraftaten, vielleicht bis hin zu Cum-ex. Das lehnen wir ab.

Nun zum dritten Punkt und zum Herzstück des Gesetzentwurfs: dem risikobasierten Ansatz. „Allein die Existenz des Gesetzentwurfs ist eine kriminalpolitische Bankrotterklärung“ – das ist die Bewertung eines SPD-Kollegen, der bis zur Wahl Vorsitzender des Bundes Deutscher Kriminalbeamter war. Dieser SPD-Kollege sagt weiter – Zitat –:

„Man möge sich vorstellen, Nancy Faeser würde vorschlagen, dass die Polizei bei bestimmten Straftaten, die sie gerade nicht so wichtig findet, keine Ermittlungen aufnehmen muss – ohne dass die Justiz davon erfährt oder irgendjemand das kontrolliert. Nichts anderes plant das Bundesfinanzministerium für die FIU.“

Das sagt Ihr Kollege von der SPD.

(Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Hört! Hört!)

Seit 2020 verwendet die FIU bereits den risikobasierten Ansatz. Interessanterweise nennt die Bundesregierung als Rechtsgrundlage für den Ansatz einen Paragraphen im Geldwäschegesetz, den es erst seit Mitte 2021 gibt. Also räumt Herr Lindner damit auch ein, dass zuvor der Ansatz ohne Rechtsgrundlage zum Einsatz kam. Und von der angeblichen Rechtsgrundlage aus 2021 ist die Ampel auch nicht wirklich überzeugt, weshalb sie den risikobasierten Ansatz jetzt ausdrücklich ins Gesetz schreiben muss.

Wenn im Gesetz steht, dass die FIU nicht bei jeder Meldung hinschauen muss, dann darf sie willkürlich wegschauen. Welche Verdachtskriterien dazu führen, dass die FIU tätig wird, bleibt geheim. Das ZDF hat kürzlich einen Ministeriumsmitarbeiter wie folgt zitiert – Zitat –:

„Das bisher gesetzeswidrige Verhalten der FIU ist dann legal. Sie kann mit Meldungen tun und lassen, was sie will, ohne dass ihr irgendwer mehr was kann.“

Zitat Ende. Genau das ist das Ziel der Ampel, und genau das dürfen Parlamentarier nicht mitmachen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Matthias Hauer**

- (A) Weil es die FIU nicht schafft, mit dem risikobasierten Ansatz Meldungen sinnvoll zu priorisieren, ist über zweieinhalb Jahre unter den Finanzministern Scholz und Lindner ein riesiger Bearbeitungsrückstand entstanden: 290 000 Geldwäscheverdachtsmeldungen lagen rum. Darunter waren allein 17 000 Fälle sonstiger Straftaten; die will die Ampel künftig völlig ignorieren. Bearbeitungsrückstände gibt es demnächst nach der Ampeldefinition nicht mehr; denn alle Meldungen gehen sofort in die Endbearbeitung, selbst wenn die Bearbeitung dann monatelang dauert. Es gibt also keine Rückstände mehr, sondern einfach nur überlange Bearbeitungsdauern.

Wir fordern ausdrücklich, dass die FIU eine Priorisierung von Fällen vornimmt. Die FIU verfügt über mehr als 500 Mitarbeiter, demnächst 700 Mitarbeiter. Die Kategorisierung aller eingehenden Meldungen in die drei Kategorien „Vereinfachte Abgabe“, „Vertiefte Analyse“ oder „Zuführung zum Infopool“ ist – Zitat – „im Regelfall pro Meldung ... eine Sache von wenigen Sekunden bis wenigen Minuten“, so der Bund Deutscher Kriminalbeamter. Der BDK sagt, es seien „keine 30 Mitarbeiter erforderlich“, um eine solche Erstbewertung für alle Meldungen vorzunehmen.

Das Kernproblem sei der sogenannte risikobasierte Ansatz – das sagte der hochgeschätzte Kollege und mein Vorredner Florian Toncar von der FDP noch vor zwei Jahren. Er machte Olaf Scholz für einen – Zitat – „rechtsfreien Raum bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität“ verantwortlich. Das kam in der Rede gar nicht vor. Heute ist er anwesend – zum Glück! – und Parlamentarischer Staatssekretär in genau dem FDP-Ministerium, das uns diesen Ansatz jetzt als Lösung verkaufen will.

(Dunja Kreiser [SPD]: Und was soll uns das jetzt sagen?)

Wer die Ampel fragt – wir haben das in ausführlichen Fragenkatalogen getan –, was unter dem risikobasierten Ansatz genau passiert, der bekommt keine vernünftige Antwort. Der FIU steht es frei, was sie untersucht und was nicht. Selbst wenn die FIU schwerwiegende Fälle von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung ignorieren würde, dann könnte sie das damit rechtfertigen, dass sie nach dem risikobasierten Ansatz vermeintlich noch größere Fische fangen wollte. Auch die Bezirksgruppe Zoll der Gewerkschaft der Polizei sagt ganz klar, dass der risikobasierte Ansatz große Gefahren birgt.

Es muss im Rechtsstaat der Anspruch sein, dass regelbasiert die Delikte verfolgt werden. Entweder liegen Erkenntnisse auf Straftaten vor – dann muss die FIU weiterleiten – oder eben nicht. Am Ende muss die Justiz solche Fragen entscheiden, und es darf nicht der Willkür der FIU überlassen werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Zuruf der Abg. Dunja Kreiser [SPD])

Letzter Satz. Der neue FIU-Chef sprach im Finanzausschuss davon, dass man bei der Geldwäschebekämpfung derzeit einen Golf I fährt und es mit besserer IT zu einem Mittelklassewagen bringen könnte. Olaf Scholz hat zu dem Thema mal von KI-Tools auf Weltniveau gespro-

chen. Das ist das passende Bild für die Ampelpolitik: (C) Sie haben einen Golf I, Sie träumen vom Mittelklassewagen, und den verkaufen Sie uns als Weltklasse.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsident Wolfgang Kubicki:**

Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Jens Zimmermann, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach dem etwas wirren Vortrag des Kollegen würde ich gerne auf das Thema zurückkommen.

(Beifall bei der SPD und der FDP – Patrick Schnieder [CDU/CSU]: Nur weil Sie es nicht verstanden haben!)

Es geht um den Gesetzesvorschlag der Koalition, den risikobasierten Ansatz in der Geldwäschebekämpfung gesetzlich zu verankern.

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Haben Sie dem Kollegen Fiedler nicht zugehört? Widersprechen Sie dem Kollegen Fiedler? Der hat davon mehr Ahnung als Sie!)

Ich meine, das ist ziemlich wichtig; denn am 17. April dieses Jahres dürften die Sektkorken geknallt haben, vor allem bei denen, die Geldwäsche betreiben. Die ominöse Staatsanwaltschaft aus Osnabrück – für die, die es nicht mehr wissen: das ist dieser CDU-Staatsanwalt, der auch das Justizministerium und das Finanzministerium kurz vor der letzten Bundestagswahl hat durchsuchen lassen – (D)

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Sie machen Institutionen verächtlich! Schämen Sie sich!)

hat jetzt Mitarbeiter der FIU angeklagt, weil sie nach einem international anerkannten Ansatz arbeiten. Weil die Bundesregierung und auch wir als Koalition eine Pflicht haben, die Mitarbeitenden bei der FIU zu schützen,

(Matthias Hauer [CDU/CSU]: Sie haben jahrelang weggeschaut!)

bringen wir heute dieses Gesetz ein, um Klarheit zu schaffen und diese Arbeit zu ermöglichen.

(Beifall bei der SPD und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Matthias Hauer [CDU/CSU]: Sie schauen weg!)

Es ist schon relativ spannend. Herr Kollege, Sie haben eben den neuen Leiter der FIU, Herrn Thelesklaf, zitiert. Er hat so einiges erzählt. Er hat zum Beispiel gesagt: Ressourcen muss man dort einsetzen, wo es den Kriminellen am meisten wehtut. – Recht hat der Mann. Aber das, was Sie hier vorschlagen, ist, dass jeder Klingeldeckeldiebstahl von der FIU genauso bearbeitet werden soll wie höchste und schwerste Kriminalität.